

## REDE

### **Elke Hannack**

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

### **Eröffnung der DGB-Bundesfrauenkonferenz**

am 21. November 2013 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen,  
liebe Gäste,

herzlich willkommen zur 18. Ordentlichen Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Besonders begrüßen möchte ich euch, liebe Delegierte!

Gemeinsam wollen wir auf dieser Bundesfrauenkonferenz unsere bisherigen Strategien überprüfen, bewährte Konzepte weiterentwickeln und neue Ansätze diskutieren. Und wir wollen uns Ziele setzen für die kommenden vier Jahre.

Ich freue mich auf die Diskussionen und bin sicher: Wir alle werden dabei viel einbringen und genauso viel mit nach Hause nehmen!

Gleich zu Beginn dieser Bundesfrauenkonferenz wollen wir klarstellen:

„Wir sind dran!“ Nicht irgendwann einmal, nicht in mittlerer Frist, nicht morgen – jetzt!

Mit unserem Motto erheben wir den Anspruch, endlich selbst zu bestimmen

- über unseren individuellen Lebenslauf,
- über unseren Erwerbslebensverlauf,
- über unsere berufliche Entwicklung,
- über unser Familienleben.

Wir wollen dabei die Gewissheit haben, dass wir finanziell auf eigenen Beinen stehen – nicht nur auf einem. Und wir wollen uns abgesichert wissen in Zeiten des Übergangs und im Falle der Lebensrisiken, die jeden und jede treffen können:

„SELBT.BESTIMMT.SICHER.“

Um die Gleichstellungspolitik der letzten Jahre zu bilanzieren und unseren aktuellen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hätten wir keinen besseren Zeitpunkt wählen können:

Eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD schickt sich an, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und plant ihre Agenda für die kommenden Jahre. Ihr wollen wir unsere Erfahrungen und Erkenntnisse, unsere Wünsche und Ansprüche mit auf den Weg geben.

Als Vertreter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begrüße ich daher Herrn Staatssekretär Lutz Stroppe und die Abteilungsleiterin „Chancengleichheit und Gleichstellung“, Frau Renate Augstein. In Vertretung für Bundesministerin Dr. Kristina Schröder wird Herr Staatssekretär Stroppe gleich die Fachtagung unseres Projektes „Familienernährerinnen – Perspektiven für die Zukunft schaffen!“ einleiten. Damit wollen wir inhaltlich in die Arbeit der Konferenz einsteigen.

Mit diesem Projekt haben wir seit der DGB-Bundesfrauenkonferenz vor vier Jahren auf die besondere Lage von Frauen aufmerksam gemacht, die den Löwenanteil der Familieneinkommen erwirtschaften – und deren Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig Beachtung erfahren.

Die Lebensumstände von Familienernährerinnen schärfen den Blick für die gleichstellungspolitischen Defizite. Dabei wird deutlich, was Frauen an der gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt hindert und vor welchen Herausforderungen wir bis zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern noch immer stehen.

Die eigenständige Existenzsicherung von Männern *und* Frauen ist dabei aus unserer Sicht von ganz besonderer Bedeutung. Darum haben wir Frau Professor Dr. Uta Meier-Gräwe gebeten, noch einmal zusammenzufassen, welche Voraussetzungen Männer und Frauen brauchen, um dank einer selbstbestimmten Erwerbsbiographie ein Leben lang wirtschaftlich unabhängig zu sein.

Seit Jahrzehnten streiten Gewerkschafterinnen dafür. Auf dem Weg dorthin haben wir inzwischen viele wichtige Schritte gemacht – aber am Ziel angekommen sind wir noch lange nicht.

Wer wüsste das besser als jene Kolleginnen in unseren Reihen, die ich nun besonders herzlich willkommen heiße:

Die ehemaligen Mitglieder des DGB-Bundesfrauenausschusses. Wenn ihr euch kurz zeigt, können auch die jüngeren Kolleginnen sehen, wer schon vor ihnen als Gewerkschafterin für die Frauenrechte gekämpft hat.

Wir freuen uns sehr, dass ihr da seid!

Genauso herzlich begrüße ich eure Nachfolgerinnen, meine Kolleginnen die an den Spitzen der Gewerkschaften für die Frauen- und Gleichstellungspolitik verantwortlich zeichnen!

Schön, dass ihr trotz eurer Terminfülle heute bei uns sein könnt!

Und eine besondere Freude ist es mir, meine beiden Vorgängerinnen in unserer Runde begrüßen zu können: Ursula Engelen-Kefer und Ingrid Sehrbrock, deren Nachfolge ich im Frühsommer angetreten habe.

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste,

für die Umsetzung unserer Ziele und Forderungen brauchen wird Bündnispartnerinnen.

Als Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden und Organisationen begrüße ich hier bei uns

- Regina Stieler-Heinz, die Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung,
- die Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates, Henny Engels, und den Geschäftsführer des Bundesforum Männer, Dr. Dag Schölper,
- die Sprecherin der Frauen im Sozialverband Deutschland, Edda Schliepack.

Von unseren Partnerorganisationen aus Europa begrüße ich

- Viviane Goergen und ihre Kollegin vom LCGB und
- Christiane Werder vom SGB

Seid herzlich willkommen!

Ein herzliches Willkommen sage ich auch unseren zahlreichen Gästen aus Politik, Wissenschaft, Beratung und Initiativen, mit denen wir schon lange und gut zusammenarbeiten, die ich aber leider nicht alle namentlich nennen kann.

Und ich möchte nicht versäumen, auch unsere Aussteller und Ausstellerinnen zu begrüßen, die hier im Saal und im Foyer interessante Angebote für euch bereithalten.

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste,

mehr als zwei Monate nach der Bundestagswahl stehen CDU/CSU und SPD nervös an der Startlinie, um als Große Koalition in eine vierjährige Amtszeit zu starten. Noch fehlt der Startschuss, den die Mitglieder der SPD in den nächsten Wochen geben sollen.

Der Blick auf das Wahlergebnis offenbart: Hier geht eine Koalition an den Start, die sich die Wählerinnen und Wähler gewünscht haben. Nicht jede und jeder Einzelne hat für *diese* Kombination gestimmt. Aber mehr als zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Stimme zur künftigen Regierungsmehrheit beigetragen, Frauen ebenso wie Männer – und mehr als für jedes andere Bündnis.

Auch das Stimmverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern liegt im bekannten Trend dieses Urnengangs – obgleich sich ihre Präferenzen zugunsten der SPD etwas ausgewogener auf die künftigen Regierungsparteien verteilen als in der Gesamtbevölkerung. Auch das gilt für beide Geschlechter.

Klar ist aber auch: Die CDU unter Frau Merkel konnte bei Frauen besser punkten als bei Männern, unabhängig davon, ob sie einer Gewerkschaft angehören oder nicht.

Ist die neue Regierungskoalition also der Traum aller Gewerkschafterinnen? Werden nun alle unsere Wünsche wahr? Sind wir nur noch wenige Regierungsmomente von der Verwirklichung der Geschlechterdemokratie in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik entfernt?

Ich kann das beim besten Willen nicht erkennen!

Zugegeben: Die vergangenen vier Jahren waren verlorene Jahre für die Frauen- und Gleichstellungspolitik. Statt die klugen Handlungsempfehlungen der Sachverständigenkommission zum ersten Gleichstellungsbericht auf die eigene Agenda zu setzen, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung gleichstellungspolitische Herausforderungen ignoriert. Nichts hat sie getan gegen die prekäre Beschäftigung von Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und im Niedriglohnssektor. Nichts hat sie getan, um Frauen in Führung auf allen Ebenen der Wirtschaft voranzubringen.

Im Gegenteil: Mit der Ausweitung der Verdienstgrenze für Mini-Jobs auf 450 Euro und der Einführung des Betreuungsgeldes hat die scheidende Bundesregierung das bestehende System der Fehlanreize noch verstärkt.

Vor diesem Hintergrund mögen die wichtigen Ansätze des Koalitionsvertrages, wie das Recht auf befristete Teilzeit, die sogenannte „Rahmenstrategie“ gegen Entgeltungleichheit und ein Elterngeld plus als „Fortschritte“ daherkommen.

Wir begrüßen sie, keine Frage! Und wir wünschen uns, dass diese Ansätze auch nach der allerletzten Verhandlungsrunde noch immer im Textentwurf für den Koalitionsvertrag stehen.

Aber: Klare Vorgaben für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt? Wirkliche Impulse für eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbstätigkeit, Hausarbeit und Familienpflichten? Dazu bedürfte es größerer Anstrengungen!

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste,

wir alle wissen: Wer auf eigenen Beinen stehen will, muss über ein eigenes Einkommen verfügen! Die meisten Menschen in Deutschland sind dafür auf Erwerbsarbeit angewiesen. Die Höhe ihres individuell erzielten Einkommens entscheidet darüber, ob sie aus eigener Kraft ihre Existenz sichern können – und zwar unabhängig davon, in welcher Haushaltskonstellation sie leben.

Zur kurzfristigen Existenzsicherung „genügt“ zwar ein Einkommen, das den unmittelbaren Bedarf deckt. Aber schon das ist für viele erwerbstätige Frauen längst nicht selbstverständlich.

Um den Lebensunterhalt auch langfristig zu sichern, brauchen Männer und Frauen ein Einkommen, mit dem sie Ansprüche erwerben, um auch in Phasen ohne eigene Erwerbstätigkeit wirtschaftlich unabhängig zu sein, etwa bei Arbeitslosigkeit, in Kindererziehungs- und Pflegezeiten, im Ruhestand.

Das Erschreckende ist: Zwei Drittel der beschäftigten Frauen in Deutschland verdienen nicht genug, um mit ihrem Einkommen langfristig ihre Existenz zu sichern.

Die Hälfte der erwerbstätigen Frauen ist nicht in der Lage, sich und ein Kind kurzfristig finanziell zu versorgen, geschweige denn für Zeiten ohne eigenes Einkommen vorzusorgen.

Und: Nur jeder vierten Frau gelingt es, langfristig den Unterhalt für sich selbst und ihre Kinder zu erwirtschaften.

Woran liegt das? Sind die Frauen selbst schuld daran?

Handeln sie leichtfertig oder unter Missachtung aller langfristigen Folgen, wenn sie sich für bestimmte Berufe oder Studiengänge entscheiden? Handeln sie unüberlegt, wenn sie berufliche Auszeiten nehmen oder ihre Arbeitszeit reduzieren, um Kinder zu versorgen oder Angehörige zu unterstützen?

Nein! Viele Frauen treffen ihre Entscheidungen nur mit den allergrößten Bedenken, wegen familiärer Zwänge. Viele handeln im individuellen Lebenszusammenhang ökonomisch völlig rational. Und: Sie treffen ihre Entscheidungen vor dem Hintergrund politischer Fehl-Anreize. Das liegt auf der Hand!

Genauso klar ist: Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen ist alternativlos. Und wir wissen, dass die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen so gestaltet werden müssen, dass Frauen wie Männer die Möglichkeit haben, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften.

Hindernisse, die dem Ziel einer stärkeren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt entgegenstehen, müssen endlich abgebaut werden. Frauen haben – wie Männer – das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie.

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste,

in den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Bedingungen, unter denen Menschen für sich und ihre Familien sorgen, ebenso nachhaltig verändert, wie die Rollenbilder von Frauen und Männer: Immer weniger Menschen haben die Chance auf ein sozial abgesichertes, unbefristetes und fair entlohntes Arbeits-verhältnis; das Modell des „männlichen Familiernährers“ befindet sich auf dem Rückzug.

Moderne Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik darf diesen Entwicklungen nicht tatenlos zusehen. Sie muss die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Männern und Frauen gestalten. Sie muss den Weg ebnen in eine sozial abgesicherte und geschlechtergerechte Zukunft.

Eine selbstbestimmte Erwerbsbiographie ist für beide Geschlechter die Voraussetzung für eine eigenständige Existenzsicherung. Was Männer aufgrund tradierter Normen und struktureller Vorgaben (fast) immer verwirklichen können, muss auch für Frauen zur Selbstverständlichkeit werden.

Deshalb schreiben wir auch den angehenden Koalitionären ins Stammbuch: WIR SIND DRAN!

Sollen Frauen in allen Phasen ihres Lebens selbstbestimmt und sicher leben können, bedarf es grundlegender Veränderungen der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen.

Unverzichtbar ist ein Mix aus gesellschaftlichem Umdenken, gesetzlichen Vorgaben und betrieblichem Handeln damit die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bildungspolitik und am Arbeitsmarkt endlich Wirklichkeit wird.

Unsere Ideen für eine Gleichstellungspolitik aus einem Guss werden wir morgen im Detail diskutieren, wenn wir unseren Leitantrag beraten. Wir werden unsere Forderungen klar formulieren und die neue Bundesregierung damit konfrontieren – nicht nur hier und heute. Sondern morgen, übermorgen, in den nächsten Wochen und Monaten – jede von uns an dem Platz, an dem sie Funktionen und Mandate wahrnimmt.

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste,

vor uns liegen viele Herausforderungen, auf der politischen Ebene, aber auch in den Betrieben und Verwaltungen.

Wo politische Weichenstellungen in den vergangenen Jahren vergeblich auf sich warten ließen, haben sich die Frauen im DGB auf betrieblicher Ebene auf den Weg gemacht:

Maßstab und Triebfeder für die durch den Europäischen Sozialfonds geförderte Bundesinitiative „GLEICH-STELLEN!“ war es, die Situation beschäftigter Frauen zu verbessern – in einem größeren Maßstab als bisher: bundesweit, strategisch ausgerichtet und abgestimmt, in den Betrieben und darüber hinaus in ganzen Branchen.

Mit der Bundesinitiative sollten Vorbilder und gute Beispiele geschaffen werden. Adressat der Richtlinie sind die Sozialpartner, die aufgefordert werden, in der betrieblichen Gleichstellungspolitik gemeinsam tätig zu werden. In mehr als 100 Projekten wurden innovative Ansätze gefördert, die nachhaltig zu Veränderungen der Betriebspraxis führen.

Gute Praxis in den Betrieben wird auch durch unsere beiden Beratungsprojekte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt. Dabei wird immer wieder deutlich: Häufig fehlt nur der Impuls von außen, um Interessenvertretungen und Geschäftsleitungen zu Veränderungen der betrieblichen Praxis zu motivieren.

Und auch in unserem Projekt „Wer ernährt die Familie?“ geht es um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen – für Familienernährerinnen im Besonderen und für erwerbstätige Frauen und Männer mit Familienpflichten im Allgemeinen.

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste,

weil die zentralen Forderungen der Gewerkschaften in den vergangenen vier Jahren bei den politisch Verantwortlichen auf Bundesebene kaum mehrheitsfähig waren, haben die Frauen im DGB ihre Energie nicht nur in politische Lobby-Arbeit investiert, sondern auch ihre Positionen geschärft und konkretisiert:

Wir haben klargestellt, dass der Entgeltlücke von 22% zwischen Frauen und Männern ein ganzes Ursachenbündel zugrunde liegt. Um sie zu überwinden, brauchen wir nicht nur den gesetzlichen Mindestlohn und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir brauchen auch ein Gesetz zur Entgeltgleichheit: Es kann einen wichtigen Beitrag zur

Lohntransparenz in Betrieben und Verwaltungen leisten kann, ohne unzulässig in die Tarifautonomie einzugreifen.

Weil wir weibliche Führungskräfte auf allen Ebenen der Wirtschaft wollen von der Schichtführerin bis zur Aufsichtsrätin, streiten wir für ein Gleichstellungsgesetz auch in diesem Bereich. Und wir haben Eckpunkte entwickelt, wie wir uns gesetzliche Regelungen zur Geschlechterquote in Aufsichtsräten vorstellen, ohne die Unternehmensmitbestimmung zu erschüttern.

Auch unserer langjährigen Forderung nach Abschaffung des Ehegattensplittings haben wir Nachdruck verliehen. Wir haben Maßnahmenformuliert, die Schritte sein können auf dem Weg hin zu einer Individualbesteuerung.

Maßstäbe gesetzt haben wir mit unserem Engagement für die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse und deren soziale Absicherung ab der ersten Arbeitsstunde: Es mündete dank zahlreicher Diskussions- und Überzeugungsprozesse nicht nur im vielbeachteten DGB-Konzept für eine Reform der Kleinstarbeitsverhältnisse. Es trieb auch die gesellschaftliche Debatte voran und führte zu einem breiten Bündnis von Verbänden und WissenschaftlerInnen, die die Bundesregierung zu einer Reform der Mini-Jobs aufforderten.

Auch das zeigt: WIR SIND DRAN – an den aktuellen Diskussionen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Wir sind bestens gerüstet mit Ideen und konkreten Vorschlägen. Wir werden die neue Legislaturperiode nutzen, um für unsere Konzepte zu werben.

Denn: Die Zeit ist reif für einen Wechsel in der Gleichstellungspolitik!

Damit eröffne ich die 18. Ordentliche Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Liebe Kolleginnen, liebe Gäste,

damit die gesamte Veranstaltung bis Samstagmittag reibungslos verläuft, müssen wir zu Beginn ein paar Formalien erledigen: Dazu rufe ich jetzt auf.

Nehmt bitte eure Stimmkarten zur Hand und schlagt in eurem Ordner die Registernummer 2 auf

1. Zunächst einmal müssen wir die Tagesordnung beschließen.  
Ich bitte um Zustimmung mit dem Kartenzeichen

Gegenstimmen:

Enthaltungen:

Danke

Somit ist die Tagesordnung angenommen.

2. Nun kommen wir zur Konstituierung der Konferenz und ich rufe als erstes die Geschäftsordnung auf.

Ich bitte um Zustimmung zur Geschäftsordnung mit dem Kartenzeichen.

Gegenstimmen:

Enthaltungen:

Danke.

Somit ist die Geschäftsordnung beschlossen.

3. Wir kommen nun zur Wahl der Konferenzleitung:

Wer stimmt dem Vorschlag zu?

Gegenstimmen:

Enthaltungen:

Danke

Somit ist die Konferenzleitung gewählt. Morgen früh übernimmt das gesamte Team hier die Konferenz-Regie.

Ich rufe nun die Bestätigung der Antragsberatungskommission auf, die aus jeweils einer Kollegin aus den Mitgliedsgewerkschaften gebildet wurde und bereits gearbeitet hat.

Ich bitte um Zustimmung mit dem Kartenzeichen

Gegenstimmen:

Enthaltungen:

Danke.

Die Antragsberatungskommission ist bestätigt.

4. Nun rufe ich noch die Wahl der Mandatsprüfungskommission auf.

Auch hierfür liegt euch ein Vorschlag vor.

Wer stimmt dem Vorschlag zu?

Gegenstimmen:

Enthaltungen:

Danke.

Somit ist die Mandatsprüfungskommission gewählt.

5. Abschließend bitte ich euch um euer Votum zur Frist für Initiativanträge und Änderungsanträge. Unser Vorschlag ist mit der ABK abgestimmt:

Bis Freitag 9.00 Uhr müssen Initiativanträge und Änderungsanträge mit den erforderlichen 20 Unterschriften bei der Konferenzleitung eingereicht werden.

Wer stimmt dem Vorschlag zu?

Gegenstimmen:

Enthaltungen:

Damit ist die Frist für Initiativanträge festgelegt: Freitagfrüh, 9.00 Uhr.

---

Und nun darf ich euch die Kollegin Anna Helmy vorstellen. Sie wird uns heute durch unsere Tagung führen und auch am Samstag in unseren Talkrunden begleiten.

Ich wünsche der 18. ordentlichen Bundesfrauenkonferenz einen guten Verlauf, uns allen gemeinsam viele gute Gespräche und noch bessere Ideen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Du hast das Wort, liebe Anna!

---

\* \* \* \*